

Herausgegriffen

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Kultur und Politik : Zeitschrift für ökologische, soziale und wirtschaftliche Zusammenhänge**

Band (Jahr): **57 (2002)**

Heft 1

PDF erstellt am: **21.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

HERAUSGEGRIFFEN

Anstiftung zur Lüge

Sr. Was sich die Regierung Schröder Ende November im Zusammenhang mit der Afghanistan-Krise geleistet hat, ist ein drastisches Beispiel, wie Politiker manipuliert und sachbezogene Entscheide hintertrieben werden können. Wir erinnern uns: Bundeskanzler Schröder hat die Frage nach der Entsendung von Bundeswehrsoldaten mit der Vertrauensfrage gekoppelt. Damit hat er die

Mehrheit des Bundestages zur Lüge verführt. Viele seiner eigenen Parteigenossen waren mit der Entsendung von deutschen Soldaten nicht einverstanden. Sie mussten dafür stimmen, um nicht die eigene Partei aus der Regierung zu kippen. Die Abgeordneten von CDU/CSU und FdP waren mehrheitlich Befürworter des Einsatzes in Afghanistan. Sie stimmten dagegen, um die rot-grüne Regie-

rung zu stürzen. Ausgerechnet den ehemaligen Kommunisten war es vorbehalten, ehrlich zu ihrer Meinung zu stehen und gegen den Einsatz in Afghanistan zu stimmen.

Und dann wundert sich die Regierung, wenn sich Jugendliche desinteressiert von der Politik abwenden oder bei (un-)passender Gelegenheit sich mit Krawallen Luft verschaffen...

Denk-würdig

«Die Taliban ... sind genauso wie Bin Laden keine Träne wert. Sie haben die afghanische Kultur, das afghanische Volk und vor allem die afghanischen Frauen in übelster Form unterdrückt. Als Schutzmacht des islamischen Terrorismus spielten sie jedoch nur eine drittklassige Rolle. Keiner der Selbstmordattentäter vom 11. September war Afghane.

Fast alle waren Saudis. Afghanistan wurde und wird bombardiert, weil es das ärmste Land der Region ist und weil es die wenigsten Freunde hat... die entscheidenden Paten des internationalen Terrorismus sitzen in Saudi-Arabien und in den arabischen Emiraten. Aber welcher amerikanische Präsident legt sich schon mit den reichen Erdölstaaten an?

... Der militärische Erfolg im Kampf gegen die Taliban ist ein Pyrrhussieg. Millionen radikale junge Muslime auf der Welt werden Rache schwören, dafür, dass das reichste Land das ärmste Land der Welt in Grund und Boden gestampft hat.»

*Jürgen Todenhöfer,
früherer entwicklungs- und abrüstungs-
politischer Sprecher von CDU/CSU*

Wer bremst die Zauberlehrlinge?

Sr. Am 26. November ging die Meldung durch die Medien, dass amerikanische Forscher den ersten Menschen geklont hätten. Nach dem Schaf ‚Dolly‘ war dies zu erwarten. Nun beeilt sich die Regierung, die Embryonenforschung

per Gesetz zu regeln. Und die Ethiker weltweit beraten Für und Wider. Nur: ein einmal gedachter Gedanke kann nicht mehr zurückgenommen werden. Das hat schon die Entwicklung der Atombombe gezeigt.

Der Turm zu Babel der Neuzeit ist um einen Stein höher geworden. Das macht ihn für den Sturz um eine Stufe anfälliger.

Ideologischer Spuk?

Sr. «Das Problem der Zukunft der schweizerischen Landwirtschaft unter Gatt- und EG-Bedingungen liegt, so lehrt die Erfahrung, nicht bei den Bauern, sondern bei den Agrarpolitikern!»

Dieses Zitat steht im Buch ‚Europa-Entscheid‘, das Nationalrat Rudolf H. Strahm 1992 im Blick auf die Abstimmung um den Beitritt zum EWR geschrieben hat. Er plädierte dort für eine umfassende Ökologisierung der Landwirtschaft und sieht darin ein Verkaufsargument für Exportprodukte. Seither ist die Zahl der Biobetriebe stark gewachsen und die Mehrheit der übrigen Betriebe hat mit IP einen Schritt in Richtung Ökologie getan.

Ganz anders wird die Lage beurteilt von ‚top agrar – Magazin für moderne Landwirtschaft‘. Als zwar eher flüchtigem Leser scheint mir die Zeitschrift noch sehr Leitbil-

dern verhaftet, die für die Biobauern längst der Vergangenheit angehören. Natürlich ist es so, dass viele Verbraucher «Lebensmittel vor allem billig und bequem» haben wollen, wie Redaktorin Ute Frieling-Huchzermeyer in der Dezember-Nummer schreibt. Und in einer Leserumfrage von ‚top agrar‘ bekommt die von Bundesernährungsministerin Renate Künast angestrebte Agrarreform schlechte Noten.

Die Forderung nach einer Agrarreform kommt ‚natürlich‘ aus der falschen Ecke. «Aus den realitätsfernen Vorstellungen einer 6% Partei kann man keinen verlässlichen Auftrag für die Zukunft entnehmen. Selbst wenn es derzeit anders erscheint: Auf Dauer setzen sich auch in der Politik wissenschaftliche Fakten und wirtschaftlicher Sachverstand durch. So gesehen wird der ideologische Spuk über kurz oder lang ein Ende haben.»

Ich wage hier die Behauptung, dass die Zeit kommen wird, wo die Vorzeichen gerade entgegengesetzt lauten werden wie heute. Schon heute ist es problemlos möglich, die Sackgasse der chemisch-technischen Landwirtschaft aufzuzeigen und mit wissenschaftlichen Zahlen zu belegen, dass biologischer Landbau den längeren Atem haben wird. «Nur Leben erzeugt Leben.» An diesen Satz des Pioniers des biologischen Landbaus werden sich früher oder später auch die Verantwortlichen der deutschen Agrarpolitik erinnern und möglicherweise unter dem Druck der gleichen Verbraucher, die jetzt möglichst billige Lebensmittel fordern, ihre Bauern auf einen nachhaltigeren Weg führen müssen. Ob dann zumal die Forderung von links oder rechts kommt, wird keine Rolle mehr spielen. Der wirtschaftliche Sachverstand und die wissenschaftlichen Fakten werden zugunsten von Bio entscheiden.